



Pressespiegel

Ausgabe: 06.06.2017



Rentner vor Altersarmut schützen

Frankfurt am Main, 31.05.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Stärkung der gesetzlichen Rente. „Die Rentenversicherung ist trotz einiger Probleme unter dem Strich eine Erfolgsgeschichte. Sie ist verlässlicher und sicherer als jede Alternative. Insbesondere die Riester-Privatrente hat sich als Flop erwiesen.

Daraus muss die Politik die Konsequenz ziehen und das Rentenniveau zunächst stabilisieren und perspektivisch wieder anheben. Nur so lässt sich verhindern, dass künftig viele Rentner in Altersarmut abrutschen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger anlässlich des heute gewerkschaftlichen Aktionstags zum Kurswechsel in der Rentenpolitik vor dem IG BAU-Gewerkschaftsbeirat.

„Die gesetzliche Rente bildet den Schwerpunkt der Altersversorgung in Deutschland. Sie ist stabil und solidarisch – auch zwischen den Generationen. Denn nach der heutigen Rechtslage werden die Jüngeren höhere Beiträge einzahlen und weniger Rente herausbekommen. Am Ende sind es nur noch knapp 42 Prozent, brutto. Wer wirklich Generationengerechtigkeit will, muss das Rentenniveau auf etwa 50 Prozent anheben.“

Die IG BAU fordert zudem flexible Rentenübergänge für Beschäftigte, die körperlich hart arbeiten. Am Bau scheiden die Arbeiter im Schnitt mit 58 Jahren aus dem Beruf aus, weil ihre Knochen und Gelenke nicht mehr mitmachen. Einen anderen Job findet in dem Alter aber kaum noch einer. Den Betroffenen droht das soziale Aus.

Die IG BAU hat das Altersflexi-Modell entwickelt, wonach die IG BAU und die Arbeitgeber mit Unterstützung des Staates den Übergang für Baubeschäftigte flexibler gestalten können. Ältere arbeiten noch so viel pro Woche, wie sie gesundheitlich schaffen. Für die fehlenden Zeiten erhalten sie 60 Prozent ihres Lohnes.

Lokalkompass 01.06.2017



EU-Dienstleistungspaket: Regierung muss Brüssel Schranken aufweisen

Frankfurt am Main, 31.05.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) warnt vor einem Einknicken der Bundesregierung beim Dienstleistungspaket. „Der Bundestag und der Bundesrat haben die Regierung mehr als deutlich beauftragt, die EU-Kommission davon abzuhalten, die Rechte des Parlaments auszuhöhlen. Das ist aus Sicht der IG BAU nicht gelungen.

Die grundsätzlichen Bedenken gegen die jetzt von Brüssel beschlossenen Teile des Dienstleistungspakets bleiben bestehen. Die wenigen Änderungen, die Deutschland durchsetzen konnte, reichen bei weitem nicht aus, die Risiken der Neuregelung für die nationale Gesetzgebung zu beseitigen“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Wir erwarten jetzt von der Regierung, dass sie sich bei den Abstimmungen über die weiteren Teile des Dienstleistungspakets mit der von Bundestag und Bundesrat vorgegebenen Position durchsetzt und Brüssel in die Schranken weist. Das heißt insbesondere, dass der Wettbewerb in Deutschland in keinem Fall durch die völlig verkorkte Dienstleistungskarte unter die Räder kommt.“

Diese Woche hat der EU-Wettbewerbsrat Teile des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Dienstleistungspakets beschlossen. Dabei ging es vor allem um die Reglementierung von Berufen.

Die von der EU-Kommission kritisierten deutschen Vorschriften dienen der Fachkräftesicherung. Jedoch erkennt die Kommission darin lediglich Zugangshindernisse im Binnenmarkt, weil etwa EU-Ausländer ebenfalls einen Meisterbrief vorweisen müssen, wenn sie in Deutschland einen Betrieb führen wollen. Nach Vorstellung der EU-Kommission werden künftig sämtliche neuen Gesetze zunächst von ihr abgesegnet.

Der Bundestag und Bundesrat sieht deshalb im Dienstleistungspaket eine unzulässige Einmischung der EU in Sachen, die ausschließlich in die Hoheit der Mitgliedsstaaten fallen. Deshalb beschlossen beide Häuser Subsidiaritätsrügen.

Nunmehr wurde zwar in manchen Punkten eine Abschwächung der Einmischung erreicht. Grundsätzlich bleibt es aber bei einem Hoheitseingriff durch die EU-Kommission in nationale Gesetzgebung.

Lokalkompass 01.06.2017

IG BAU fordert Klima-Taskforce

Frankfurt am Main, 02.06.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert Bund, Länder und Kommunen auf, Klimaschutz zur Chefsache zu machen. „Die Abwendung der derzeitigen US-Regierung von den Klimaschutzziele muss für Deutschland und Europa zum Ansporn werden, jetzt erst recht den Klimaschutz voranzubringen.

Wir wollen weltweit Vorbild werden für eine innovative, nachhaltige und verantwortliche Gesellschaft, die ihren Kindern die Erde nicht als Müllhalde hinterlässt. Dazu brauchen wir eine Lenkungsgruppe auf oberster Ebene, die die notwendigen Maßnahmen und Anreize vorschlägt und deren Umsetzung koordiniert“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Mit der richtigen, landesweit abgestimmten Strategie können wir einerseits beweisen, dass Klimaschutzmaßnahmen nicht zwangsläufig Jahrzehnte in Anspruch nehmen und zum anderen, dass die Maßnahmen nicht nur Kosten, sondern vor allem Investitionen sind. Erfolgreiche Wirtschaft und Klimaschutz schließen sich nicht aus, sie bedingen einander.“

Die IG BAU macht sich seit Jahren stark für den Umweltschutz. Gerade im Gebäudebereich besteht ein hohes Potential, zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes. Gebäude stehen für 20 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes. Durch fachgerechte Bauarbeiten und moderne Technik können bis zu 80 Prozent des Energieverbrauchs von Häusern eingespart werden. Besonders groß ist der Nutzen bei Sanierung älterer Gebäude, was deshalb von der Bundesregierung über die KfW noch stärker gefördert werden muss.

„Gebäudesanierung ist ein wichtiger Baustein für mehr Klimaschutz. Wir haben in diesem Bereich gezeigt, wie mit Förderung sinnvolle Anreize geschaffen werden können. Ähnliche Instrumenten müssen dringend auch für andere Sektoren wie Verkehr und Landwirtschaft entwickelt werden“, sagte Feiger. „Ebenso wichtig wie deren Start ist aber, dass die Maßnahmen sich sinnvoll ergänzen und dadurch den maximalen Nutzen erzielen.“

Lokalkompass 03.06.2017



Pressespiegel

Ausgabe: 06.06.2017



KOMPAKT

Namen und Nachrichten

56 Prozent erhalten Gehälter nach Tarif

Nürnberg. In Deutschland hat weiterhin nur gut die Hälfte aller Beschäftigten einen Tarifvertrag. Im vergangenen Jahr arbeiteten 56 Prozent der deutschen Arbeitnehmer in Betrieben, die an einen Flächen- oder Haustarif gebunden waren, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung berichtete. Von den übrigen 44 Prozent der Arbeitnehmer erhielt etwa die Hälfte Leistungen, die sich zumindest an den Flächentarifverträgen orientierten. *dpa*

WAZ Mantel 03.06.2017

Tarif. In Deutschland hat weiterhin gut die Hälfte aller Beschäftigten (56 Prozent) einen Tarifvertrag. Der Rest erhielt die Hälfte Leistungen, die sich an Flächentarifverträgen orientierten, so eine Studie.

NRZ Mantel 03.06.2017